

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		Datum 23.01.2018
Dezernat I	Amt FB 32	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

**I N F O R M A T I O N**

**I0029/18**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	06.02.2018	nicht öffentlich
Stadtrat	22.02.2018	öffentlich

Thema: Flüchtlingssituation in Magdeburg - Stand: 31.12.2017

**1. In Magdeburg gemeldete AusländerInnen**

Der Zuzugstrend von ausländischen Staatsangehörigen hält weiter an. Im Jahr 2017 hat sich der Gesamtanteil der ausländischen Bevölkerung in Magdeburg noch einmal gegenüber dem Vorjahr erhöht. Es ist davon auszugehen, dass bei vergleichbaren Bedingungen sich der Zuwachs der ausländischen Bevölkerung in den kommenden Jahren um ca. 10% jährlich bewegen wird. Inwieweit insbesondere der Zuzug zu Schutzberechtigten und weitere Flüchtlingszuwanderungen in den kommenden Jahren für nicht planbare Zuzugsspitzen sorgen werden, muss hier offen bleiben.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Entwicklung der Ausländerzahl in Magdeburg	9.779	10.159	11.511	15.242	18.583	20.815

Abb.1

**Anmerkung**

*Die in dieser Information dargestellten Personenzahlen entstammen den jeweiligen Fachverfahren. Abweichungen zu amtlichen Bevölkerungszahlen des Amtes für Statistik bzw. des Landesamtes für Statistik sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien möglich.*

Die Grafik der Abb.2 stellt die Entwicklung des Gesamtanteils der ausländischen Bevölkerung innerhalb der vergangenen 5 Jahre und die Entwicklung innerhalb der einzelnen Gruppen nach dem Aufenthaltsstatus dar.

Deutlich erkennbar ist der Zuwachs der Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund des anerkannten Schutzstatus (blau, unterster Bereich der Säulen). Von 133 Personen im Jahr 2012 ist diese Personengruppe bis zum 31.12.2017 auf 4.920 Personen angewachsen. Signifikant ist die Entwicklung der Anzahl der Asylbewerber (hellgrün), die im Jahr 2017 wieder deutlich gesunken ist.

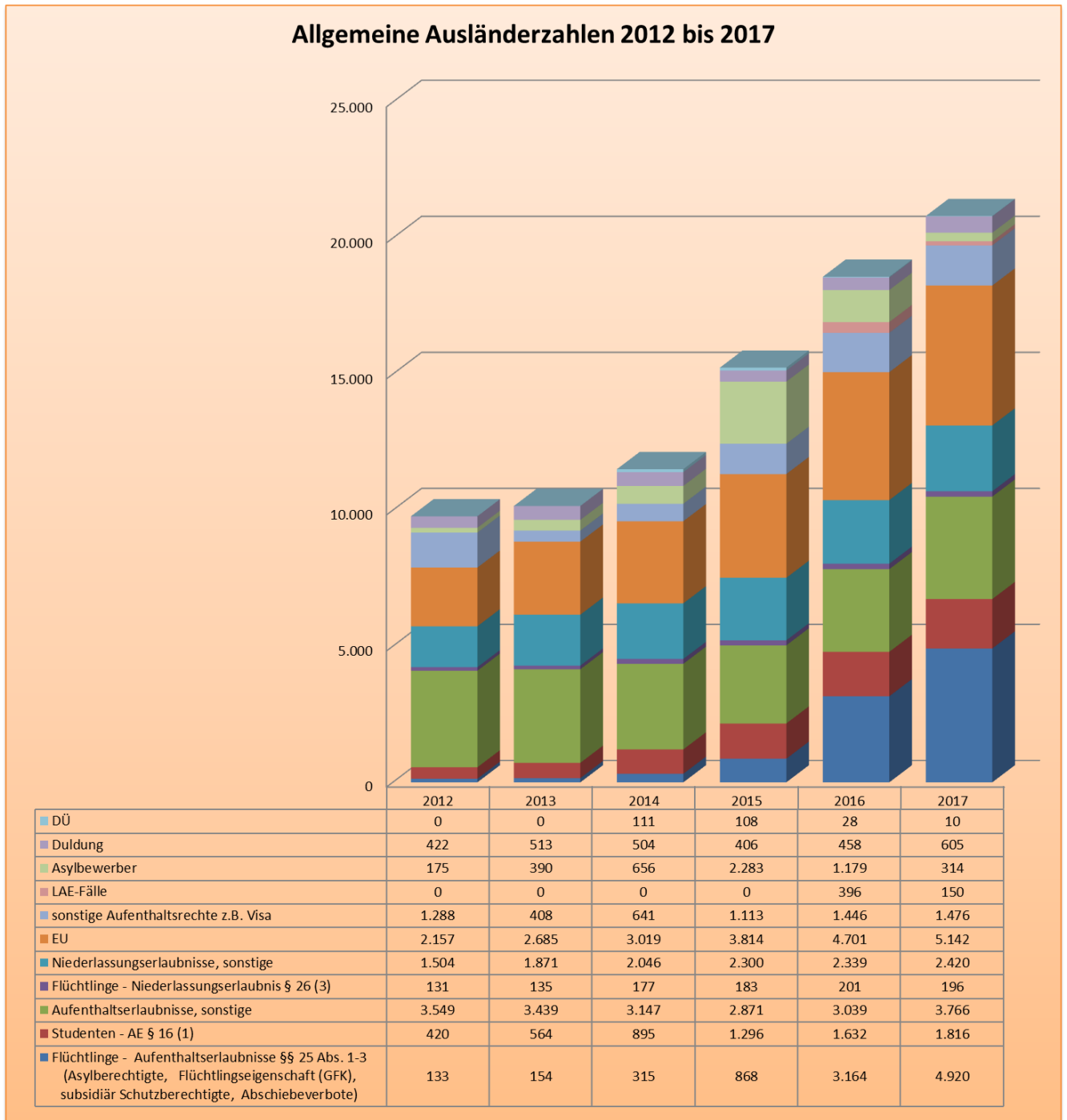


Abb.2

Die Hauptherkunftsstaaten der in MD lebenden Ausländer sind:

Syrien	Rumänien	Ukraine	Afghanistan	Indien	Russ. Föderation	Polen	Vietnam	China
4.864	1.534	1.062	909	888	842	839	730	702

Abb.3

## 2. Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Magdeburg

Eine Prognose des BAMF zu den in 2018 zu erwartenden Zugangszahlen liegt weiterhin nicht vor.

An den Zuweisungszahlen des Jahres 2017 (Abb.4) ist der deutliche Rückgang der Zuwanderung von Asylsuchenden zu erkennen. Auch hat sich die Zusammensetzung der Herkunftsländer im Jahr 2017 zum Vergleich der Vorjahre gewandelt. Hauptfluchtland ist zwar nach wie vor Syrien, dann jedoch folgen die Länder Türkei, Iran und die Russ. Föderation.

Land	2017	2015	2016
Syrien	67	1746	562
Afghanistan	18	304	244
Russische Föderation	29	44	42
Eritrea	18	33	3
Guinea-Bissau	12	35	15
Indien	7	66	46
Türkei	39	24	15
Iran	38	115	36
... andere Staaten	51	375	78
<b>Gesamt</b>	<b>279</b>	<b>2.742</b>	<b>1.041</b>

Abb.4

Von den 279 der Stadt Magdeburg zugewiesenen Personen besaßen 108 bereits eine Schutzanerkennung, 171 Personen befanden sich noch im Asylverfahren.

In diesen Zahlen sind die Bewohner der Landeserstaufnahmeeinrichtung Magdeburg nicht mit erfasst (siehe dazu Punkt 4).

Die Verteilung der Hauptherkunftsländer hier in MD weicht von denen der Gesamtasylstatistik des BAMF ab. Der Hauptherkunftsstaat Syrien stimmt überein. Als zweites und drittes Schwerpunktland benennt das BAMF für alle Asylanträge in 2017 Irak und Afghanistan (Asylbericht 2017 BAMF). Bei den Zuweisungen in die Stadt Magdeburg kamen nach Syrien die meisten Asylbewerber aus der Türkei und dem Iran (Abb.4).

### 2.1. Entscheidungen des BAMF

Die Clusterung der Asylanträge nach Herkunftsstaaten wurde im Jahr 2017 beim BAMF aufgehoben. Bei der zeitlichen Abarbeitung der Asylanträge gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. Asylanträge syrischer Staatsangehöriger werden in der Regel in einem sehr kurzen Zeitraum (max. 4 Wochen) beschieden, wobei sich die Bearbeitung von Asylanträgen anderer Staatsangehöriger, z.B. Türkei, Burkina Faso, Guinea Bissau, Benin, aktuell über mehrere Monate erstreckt.

Die Entscheidungspraxis des BAMF zu den in MD lebenden Asylbewerber sah in 2016 und 2017 wie folgt aus:

	<b>Art der Anerkennung</b> (rechtskräftige Entscheidungen)	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>1</b>	<b>Positiv entschiedene Asylanträge:</b>	<b>1983</b>	<b>838</b>
2	- Anerkennung Asylberechtigung	6	8
3	- Anerkennung Flüchtlingseigenschaften	1310	438
4	- Anerkennung subs. Schutz	556	166
5	- Anerkennung von Abschiebeverboten	111	226*
<b>6</b>	<b>Negativ entschiedene Asylanträge</b>	<b>440</b>	<b>284</b>
7	- allgemein abgelehnte Asylverfahren bzw. eingestellte Verfahren	167	179
8	- offensichtlich unbegründete abgelehnte Asylverfahren	169	88
9	- unzulässig abgelehnte Asylverfahren (DÜ)	104	17

Abb.5 \* Anmerkung: hier häufigste Staatsangehörigkeit: Afghanistan

In 2017 wurden 1122 (Abb.5, Zeile 1 und 6) Asylanträge von in Magdeburg lebenden Asylbewerbern durch das BAMF beschieden. Davon wurde in 838 Fällen positiv entschieden (Abb.5, Zeile 1). Diesen Personen wurde eine Schutzanerkennung bzw. ein Abschiebeverbot zugesprochen.

284 Asylanträge wurden durch das BAMF abgelehnt (Abb.5 Zeile 6). Für diese Personen war bzw. ist die Beendigung des Aufenthaltes zu prüfen.

Die Gesamtschutzquote für alle Asylantragsteller lag laut Asylbericht 2017 des BAMF bei 43,4 %. Dies spiegelt sich so nicht in den BAMF-Entscheidungen für die in Magdeburg lebenden Asylbewerber wieder. Hier lag die Schutzquote in 2017 bei fast 75%. Maßgeblich hierfür ist die Zusammensetzung der Gruppe der Asylbewerber nach Staatsangehörigkeiten. Auch lässt sich der Abb. 5 entnehmen, dass im Jahr 2017 im Vergleich zum subsidiären Schutz die Flüchtlingseigenschaft noch deutlich öfter anerkannt wurde und die Anzahl der festgestellten Abschiebeverbote sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelte.

Nach einer durch das BAMF festgestellten Schutzanerkennung bzw. eines Abschiebeverbotes wird den betreffenden AusländerInnen durch die ABH eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis ist je nach Rechtsgrund befristet. Endet die Befristung einer Aufenthaltserlaubnis sind durch die Ausländerbehörde die Erteilungsvoraussetzungen erneut zu prüfen. Sofern das BAMF keine Änderung zu der erfolgten Schutzanerkennung vorgenommen hat, wird die Aufenthaltserlaubnis verlängert. Die Erlaubnis zur Aufnahme einer Tätigkeit ist in dieser Aufenthaltserlaubnis inkludiert.

Die Erteilung eines unbefristeten Aufenthaltstitels (Niederlassungserlaubnis) unterliegt nach Erfüllung der zeitlichen Voraussetzungen von 3 bzw. 5 Jahren einer ausländerrechtlichen Prüfung hinsichtlich verschiedener weiterer gesetzlicher Voraussetzungen.

Abb.6 stellt die in den letzten 3 Jahren erteilten bzw. verlängerten Aufenthaltserlaubnisse an schutzberechtigte Personen zahlenmäßig dar.

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse (AE) an Schutzberechtigte	§25 Abs.1 Asylberechtigigt	§ 25 Abs.2 1. Altern. Anerkennung nach Genfer Flüchtlingskonvention	§ 25 Abs.2 2. Altern. Anerkennung subsidiärer Schutz	§ 25 Abs.3 Abschiebeverbote
2015	9	872	47	56
2016	6	2083	757	85
2017	16	960	880	437

Abb.6

## 2.2. Landeserlassregelung zur Wohnsitzverpflichtung von Schutzberechtigten

Nach der Landesregelung vom 17.01.2017, durch welche das Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt die Verpflichtung zur Wohnsitznahme von schutzberechtigten Personen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt regelte, wurden 345 Wohnsitzauflagen für die Stadt Magdeburg angeordnet. In 146 Fällen wurde auf Grund des Vorliegens von Ausnahmetatbeständen die Wohnsitzauflage nicht verfügt bzw. aufgehoben. Rückblickend kann festgestellt werden, dass die bundes- und landesweiten Regelungen ihre Wirkung zeigen. So sind die Zuzüge von Schutzberechtigten aus anderen Bundesländern bzw. Landkreisen in 2017 deutlich zurückgegangen, da ein Umzug nur nach Aufhebung der Wohnsitzauflage möglich ist. Auch in 2018 wird aus h. S. nicht mit einer signifikanten Änderung gerechnet, vielmehr dann aber ab 2019, wenn die ersten erteilten Wohnsitzauflagen nach drei Jahren auslaufen.

## 2.3. Familiennachzüge zu Schutzberechtigten seit dem Jahr 2016

Zum Familiennachzug zu Schutzberechtigten erfolgt hier nur eine kurze zusammenfassende Darstellung. Im Übrigen wird auf die aktuelle Information I0344/17 verwiesen. Hierin wurde der rechtliche Bezug dargestellt und die für die Stadt Magdeburg aus den Fallzahlen der letzten 2 Jahren ermittelten Schätzungen für den zu erwartenden Familiennachzug, insbesondere zu den nachziehenden Kindern, ausgewiesen.

Zu den in Magdeburg lebenden Schutzberechtigten (Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention) sind seit Beginn 2016 bisher 562 Personen (darunter ca. 338 minderj. Kinder und 224 Erw.) im Rahmen des Familiennachzuges eingereist. Für weitere 642 Personen (340 minderj. Kinder und 302 Erw.) liegen bereits Einreise bzw. Fristwahrungsanträge vor, über die jedoch noch nicht entschieden wurde.

Zudem muss ab dem 17.03.2018 mit einem Familiennachzug zu den subsidiär Schutzberechtigten gerechnet werden. Da hierzu keine belastbaren Zahlen vorhanden sind, konnten lediglich Schätzungen auf der Grundlage bekannter Zahlen und Erfahrungswerten durch die ABH erfolgen. Diese ergeben, dass mit der Einreise weiterer 650 Personen (390 minderj. Kinder und 260 Erw.) gerechnet werden sollte, wobei sich der Einreisezeitraum für diese Personen auf Grund der langen Bearbeitungszeiten in den deutschen konsularischen Vertretungen auf die nächsten 2 Jahre erstrecken wird.

Unberücksichtigt blieben bei dieser Berechnung und bei den Darstellungen in der I0344/17 die möglichen Familiennachzüge zu noch derzeitigen Asylbewerbern, bei denen in den kommenden Monaten durch das BAMF eine Schutzberechtigung festgestellt werden könnte.

## 2.4. Ausbildungsduldung

Seit August 2016 ist die Erteilung einer Duldung an ausreisepflichtige Personen zur Aufnahme und Absolvierung einer qualifizierten Berufsausbildung gesetzlich erlaubt.

Hiermit soll gerade ausreisepflichtigen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen umfassende Möglichkeiten zur Integration mit Aussicht auf ein Bleiberecht eingeräumt werden. Insbesondere für die Gruppe der unbegleitet eingereisten minderjährigen Ausländer (UMA), kann diese Regelung bei vorliegender Integrationswilligkeit und Mitwirkung im Rahmen der Identitätsklärung zu einer Aufenthaltsverfestigung führen.

In der Praxis zeigt sich allerdings, dass diese Möglichkeit noch nicht weitgreifend genutzt bzw. die dafür erforderlichen Voraussetzungen (z.B. Nachweise zur Identität) nicht erfüllt werden.

Seit der Gesetzesänderung im August 2016 wurden durch die ABH MD 12 Ausbildungsduldungen erteilt. In 3 Fällen werden aktuell die Voraussetzungen geprüft. 4 weitere Anträge wurden durch die Antragsteller zurückgenommen, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht bzw. noch nicht vorlagen bzw. das Ausbildungsverhältnis nicht zustande gekommen ist. In 2 Fällen musste die Ausbildungsduldung auf Grund fehlender Voraussetzungen abgelehnt werden.

## 3. Aufnahme, Unterbringung und Betreuung

In der Landeshauptstadt Magdeburg werden Asylbewerber und Geduldete entsprechend des Unterbringungskonzeptes<sup>1</sup> in drei Stufen mit Wohnraum versorgt.

Die tatsächlich vorhandene Kapazität in den Gemeinschaftsunterkünften (Stufe I), den größeren Wohnungsstandorten und den dezentral angemieteten Wohnungen (Stufe II):

Stand per:	Kapazität	Belegung	Auslastung
31.12.2017	2.728	1.401	51,3%

Abb. 7

**In den Gemeinschaftsunterkünften und größeren Wohnobjekten sind aktuell 791 Personen untergebracht, davon sind 242 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In den kommunal angemieteten Wohnungen leben 610 Personen, darunter 204 Kinder und Jugendliche.**

Nachstehend werden die vorhandenen Gemeinschaftsunterkünfte und die Standorte von konzentrierter Wohnungsunterbringung mit den möglichen Kapazitäten und aktueller Belegung dargestellt, inklusive der minderjährigen Bewohner.

<sup>1</sup> Das Unterbringungskonzept beinhaltet auch ein Betreuungskonzept, das zum November 2016 entsprechend der sich verändernden Bedingungen angepasst wurde

Gemeinschaftsunterkünfte Stadtteil/ große Wohnobjekte		Kapazität maximal	Belegung	Kinderanzahl Belegung		
		Plätze		Gesamt	männl.	weibl.
Sandbreite 13	Buckau	50	20	8	2	6
Bahnikstr. 1a-d	Buckau	240	152	71	33	38
Windmühlenstr. 29	Rothensee	138	47	0	0	0
Unterhorstweg 18a-d	Salbke	242	114	49	28	21
Saalestr. 32	Rothensee	250	82	3	2	1
Münchenhofstr. 49	Neue Neustadt	360	100	8	7	1
Carnotstr.5	Hopfengarten	0	0	0	0	0
Göderitzstr. 17-26	Neu Olvenstedt	455	276	103	58	45
Bruno-Taut-Ring 96-100	Neu Olvenstedt	0	0	0	0	0
<b>Summe an Plätzen</b>		<b>1.735</b>	<b>791</b>	<b>242</b>	<b>130</b>	<b>112</b>

Abb.8

Aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Asylzuwanderung erfolgte die Kapazitätsreduzierung im Jahr 2017 um 931 Plätze: Es wurden 17 dezentral gelegene Wohnungen mit 44 Plätzen gekündigt und freigezogen, größere Mietobjekte an die Eigentümer zurückgegeben:

- die Gemeinschaftsunterkünfte in der Grusonstr.7 d/Bahnikstr. 8,a,b mit 288 Plätzen,
- die Agnetenstraße 14 mit 241 Plätzen,
- die Carnotstraße 5 mit 48 Plätzen,
- Alt Westerhüsen 50 mit 78 Plätzen,
- der Bruno-Taut-Ring 96-100 mit 232 Plätzen.

**Dieser Prozess des Rückbaus wird in 2018 fortgesetzt und ist bereits in Planung bzw. Umsetzung. Es sollen ca. 800 Plätze in den Wohnstufen in 2018 abgebaut werden, davon 655 Plätze in Wohnungen.**

In den Unterkünften sind für Miete, Verbrauchsmedien und sonstige Bewirtschaftungskosten per 31.12.2017 Gesamtkosten in Höhe von 7.184.073 EUR entstanden, d. h. pro Monat 598.672,75 EUR. Die durchschnittlichen Kosten pro Monat/pro Kopf betragen 591,53 EUR.

Pro Monat entstehen für die nicht genutzten Kapazitäten Kosten in Höhe von 558.399,75 EUR. Per 31.12.2017 betragen diese Kosten 3.908.798,22 EUR. Die Unterkunftskosten werden bei der Pro- Kopf-Pauschale berücksichtigt.

### 3.1. Kommunal angemieteter Wohnraum - Stufe II

Wohnungen	Bestand 31.12.2017	Belegung 31.12.2017	freie Wohnungen/ nicht belegbar	gekündigte Wohnungen im Jahr 2017
Wohnungen im Stadtgebiet	187	160	26	17
W.-Bredel-Straße 2-20,22	139	68	71	
B.-Kellermann-Straße 24	28	24	6	
W.-Kobelt-Straße 42	24	21	4	
<b>gesamt</b>	<b>378</b>	<b>271</b>	<b>107</b>	<b>17</b>
Personen/Plätze	993	610	383	

Abb.9

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat zum Stichtag am 31. Dezember 2017 378 Wohnungen für die Wohnstufe II im gesamten Stadtgebiet angemietet.

Damit stehen 993 Plätze für die dezentrale Unterbringung von nicht bleibeberechtigten Personen und AsylbewerberInnen ohne Bleibeperspektive und bleibeberechtigten Personen zur Verfügung.

Von den 378 Wohnungen sind 45 Verträge ohne Mindestlaufzeit und 333 Verträge mit Laufzeiten zwischen 3 und 10 Jahren abgeschlossen worden.

Im Jahr 2017 wurden 17 kommunale Wohnungen aufgrund baulicher Mängel, Mieterhöhungen beziehungsweise ungünstigen Raumaufteilungen fristgerecht an den Eigentümer zurückgegeben.

Gegenwärtig leben 610 Personen in 271 kommunal angemieteten Wohnungen. Davon nutzen 489 Personen im Familienverband insgesamt 149 Wohnungen, 122 Wohnungen stehen Einzelpersonen zur Verfügung und 107 Wohnungen sind vorübergehend nicht belegt.

Die aktuell freien Wohnungen werden neben der regulären Aufnahme gemäß den Unterbringungsrichtlinien auch zur Aufnahme für wohnungssuchende Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis genutzt.

Zur Verbesserung der Kundennähe und der Kundenorientierung wurden im vorhandenen Wohnungsbestand im April 2017 drei Außenbüros in den Stadtteilen Schilfbreite, Neue Neustadt und Stadtfeld eingerichtet. Hier werden für 180 Haushalte einmal wöchentlich Sprechzeiten von den Sozialarbeiterinnen im Wohnquartier vorgehalten.

In den dezentralen Unterkünften sind für Miete, Verbrauchsmedien und sonstige Bewirtschaftungskosten per 31.12.2017 Gesamtkosten (ohne Personalkosten) in Höhe von 2.410.992 EUR entstanden, d. h. pro Monat 200.916,00 EUR. Die durchschnittlichen Kosten pro Monat/pro Kopf betragen 200,92 EUR.

Pro Monat entstehen für die nicht genutzten Kapazitäten Kosten in Höhe von 78.558,16 EUR. Diese Kosten per 31.12.2017 betragen 942.697,87 EUR.



### 3.2. Aufnahme von Ausländern mit Aufenthaltserlaubnis

**Es leben per 31.12.2017 286 Personen mit Aufenthaltserlaubnis in den Gemeinschaftsunterkünften und 294 Personen in kommunal angemieteten Wohnungen.**

Die Betreuung und Beratung der Asylbewerber und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis erfolgt derzeit hauptsächlich durch soziale BetreuerInnen und SozialarbeiterInnen der Landeshauptstadt Magdeburg. Unterstützt wird das kommunale Personal durch die Migrationsberatungsstellen, die Willkommensnetzwerke und Ehrenamtliche. Das Integrationslotsenprojekt, gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt, wird seit April 2017 umgesetzt. Im Rahmen des Projektes konnten bis zum 31.12.2017 10 Integrationslotsen für die weiterführende Unterstützung der kommunal untergebrachten Flüchtlinge gebunden werden. Insgesamt sind u.a. in Anbindung an Willkommens- und Integrationsbündnisse in den Magdeburger Stadtteilen oder in Weiterführung ehrenamtlicher Vormundschaften für ehemalige unbegleitete Minderjährige aktuell 27 Integrationslotsen im Einsatz.

Alle Erstantragssteller, die hier in Magdeburg mit einem positiven Bescheid vom BAMF einen Anspruch auf SGB II-Leistungen geltend machen wollen, erhalten Beratung und Unterstützung bei der Antragsstellung im Sozial- und Wohnungsamt, Georg-Kaiser-Str.3 auf Grundlage einer Vereinbarung mit dem Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg.

### 3.3. Entwicklung der Fall- und Personenzahlen mit Leistungsbezug AsylbLG

Aufgrund geringer Zuweisungszahlen ist auch die Anzahl der Leistungsempfänger weiterhin gesunken.

Zudem zeigt die Entwicklung der Zu- und Abgänge im Leistungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Beschleunigung der Asylverfahren greift, zügig Schutzanerkennungen durch das BAMF ausgesprochen und somit deutlich mehr Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden.

Entwicklung	Nov. 16	Dez. 16	Jan. 17	Feb. 17	März 17	Apr. 17	Mai 17	Juni 17	Juli 17	Aug. 17	Sep. 17	Okt. 17	Nov. 17	Dez. 17
Fallbestand	957	903	887	853	824	789	764	749	767	730	689	660	638	624
Personen	1603	1524	1488	1425	1366	1285	1290	1234	1227	1190	1135	1075	1044	1009
Zugänge an Personen	16	18	67	33	16	11	16	7	16	10	9	11	9	7
Abgänge an Personen	47	97	34	96	75	92	11	63	23	47	64	71	40	42

Abb.10; (Tabelle ohne Leistungsempfänger der Landesaufnahmeeinrichtung)

Die monatlichen Zugänge der ausländischen Personen, die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, sind seit Mitte 2017 konstant niedrig. Der Fallbestand bzw. die Personenanzahl sinkt durch die höheren Abgänge.

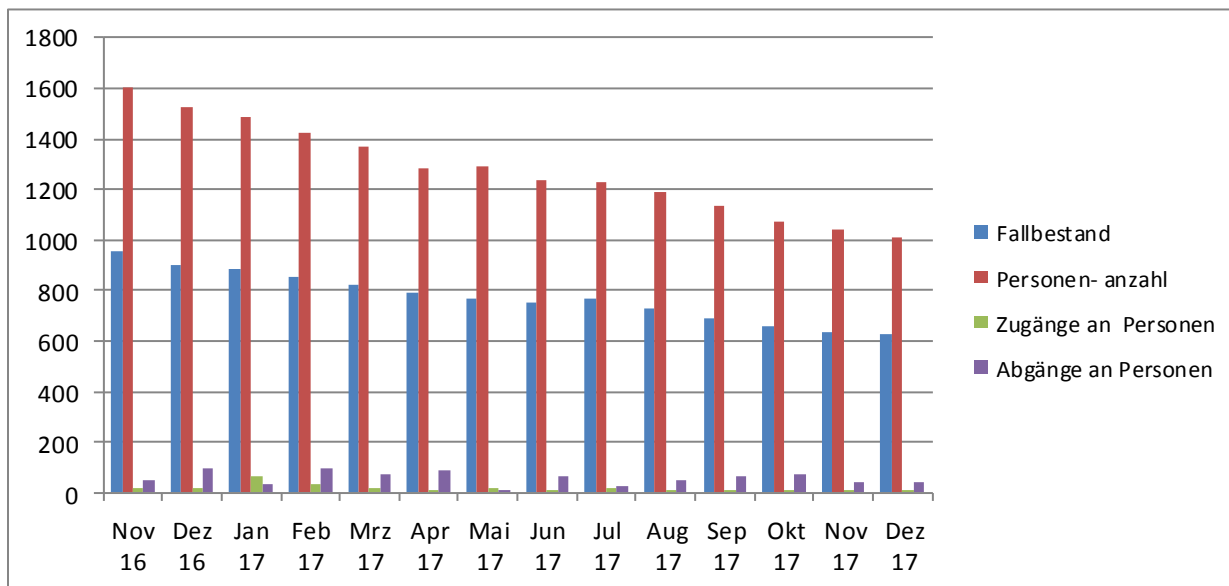


Abb.11

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20.10.2015 und dem Integrationsgesetz vom 31.07.2016 hat der Gesetzgeber den § 1a AsylbLG grundlegend neu gefasst und um neue Leistungseinschränkungstatbestände ergänzt. Damit soll bei nichtbleibeberechtigten Ausländern die bestehende Ausreisepflicht besser durchgesetzt werden. Die Leistungseinschränkungen bestimmter Gruppen von Leistungsberechtigten des Asylbewerberleistungsgesetzes wurden in 2017 entsprechend umgesetzt. Die Personen erhalten Leistungen nur, soweit diese im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten sind. Diese monatliche Leistung zur Deckung des Bedarfs an Ernährung und Unterkunft einschließlich Heizung sowie Körper- und Gesundheitspflege beträgt für eine Einzelperson 165,84 EUR. .

**Im Dezember 2017 waren von den o.g. 624 Leistungsfällen insgesamt 242 Fälle in den Leistungen sanktioniert, d.h. 38 %.**

#### 4. Landesaufnahmeeinrichtung - LAE in Magdeburg

##### 4.1. Belegungsstand der LAE

Der Belegungsstand der LAE MD ist in 2017 konstant hoch gewesen. Durch einen regelmäßigen wöchentlichen Wechsel von Neuunterbringungen und Abgängen durch Verteilung in die Landkreise bestand nach wie vor ein hoher Bearbeitungsaufwand im Rahmen der Erfassung von Personendaten für die ABH und den Leistungsbereich im Sozialamt. Zudem stieg im Jahr 2017 die Anzahl der Personen ohne Bleibeperspektive (sichere Herkunftsstaaten, abgelehnte Asylbewerber und DÜ Fälle) stetig an, was sich in der ABH auf die Fallzahlen bei der Rückkehrberatung für jeden Ausreisepflichtigen und bei der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen maßgeblich auswirkte (Abb.21).

## 4.2. Leistungsgewährung für die Landesaufnahmeeinrichtung LAE in Magdeburg

Seit März 2016 erhalten auch die in der LAE Magdeburg untergebrachten Flüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (gem. § 10 a Abs.1 Satz 1 AsylbLG). Grundsätzlich liegt die örtliche Zuständigkeit bei der Kommune, in der diese Erstaufnahmestelle gelegen ist. Die Erstattung der Kosten erfolgt durch die Kostenregelung des Aufnahmegesetzes.

Die Auszahlungen für diesen Personenkreis werden seit März 2016 wöchentlich, seit Juni 2017 zweiwöchentlich durch das Sozial- und Wohnungsamt vorgenommen und umfassen die Geldbeträge zur Deckung persönlicher Bedürfnisse (§ 3 Abs.1 Satz 4 AsylbLG) und Aufwandsentschädigungen für Arbeitsgelegenheiten (§ 5 Abs. 2 AsylbLG). Darüber hinaus werden sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG) und Krankenhilfe (§ 4 AsylbLG) gewährt. Der Bearbeitungsaufwand ist in jedem Fall hoch, da sich auch die Anzahl der Zu- und Abgänge wöchentlich ändert.

Zum 31.12.2017 wurde die eine der beiden Landesaufnahmeeinrichtungen in den Neustädter Höfen geschlossen.

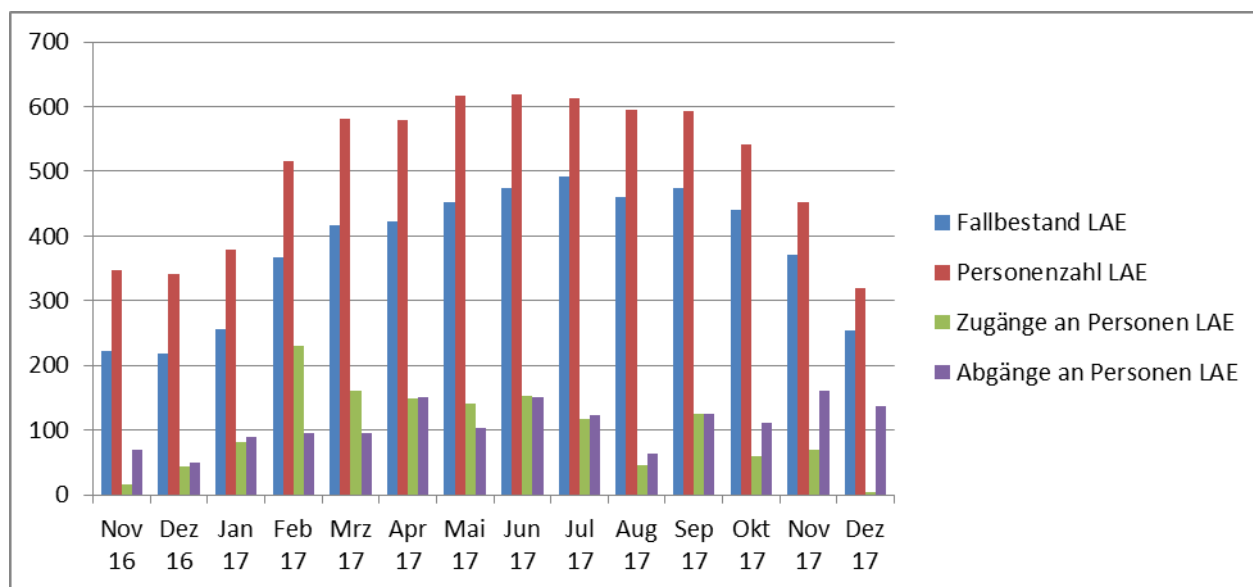


Abb.12

Entwicklung	Nov 16	Dez 16	Jan 17	Feb 17	Mrz 17	Apr 17	Mai 17	Juni 17	Juli 17	Aug 17	Sep 17	Okt 17	Nov 17	Dez 17
Fallbestand LAE	222	218	256	367	417	423	453	474	493	461	474	441	371	254
Personen LAE	348	341	380	516	581	579	616	619	613	595	594	542	452	320
Zugänge an Personen LAE	17	43	81	231	160	148	141	153	118	46	125	59	70	5
Abgänge an Personen LAE	70	50	89	95	95	150	104	150	124	64	126	111	160	137

Abb. 13

## 5. Beratungsstelle für ausländische Frauen mit Gewalterfahrungen

Mit der I0047/16 und dem Beschluss Nr. 752-022(VI)15 zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0137/15/49 wurde eine Stelle in der Abt. Zuwanderung für die Beratung von Frauen mit Gewalterfahrungen aufgrund von Flucht, Vertreibung, auch für die Sicherung der Aufnahme und Unterbringungssituation geschaffen.

Das sozialpädagogische Beratungsangebot richtet sich an ausländische Frauen in den Flüchtlingsunterkünften und in den kommunalen Wohnungen der Landeshauptstadt Magdeburg, die von psychischer und physischer Gewalt und Bedrohung betroffen sind. Seit April 2016 ist dazu eine Sozialarbeiterin in der Georg- Kaiser-Straße 3 im Einsatz.

### Statistik dieser Frauenberatung von Juni 2017 bis Dezember 2017

Gewaltform	Anzahl der Fälle
Häusliche Gewalt	14
Stalking	6
Zwangsverheiratung	1
Vergewaltigung während der Flucht	1
<b>Insgesamt</b>	<b>22</b>

Abb.14

Zur Aufnahme und Unterbringung von Schutzbedürftigen, vorrangig von alleinstehenden Frauen und Frauen mit Kindern wird die Gemeinschaftsunterkunft in der Sandbreite 13 genutzt.

## 6. Situation von Kindern und Jugendlichen

### 6.1 UMA

Das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg betreut mit Stand vom 31.12.2017 insgesamt 105 unbegleitete minderjährige AusländerInnen (UMA).

Entsprechend der Aufnahmequote innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt und dem letzten Zuweisungsbescheid vom 15.12.2017 hat das Jugendamt der Stadt Magdeburg die ermittelte Ist-Aufnahme-Quote mit 9,08 % nicht erfüllt (Erhöhung der Kapazitäten des Landesverwaltungsamtes nach dem Königsteiner Schlüssel – aktueller Stand 121 UMA Soll, 102 Ist).

Die UMA werden in 10 verschiedenen Einrichtungen der freien und öffentlichen Jugendhilfe innerhalb der Stadt Magdeburg betreut. (SoziaBell e. V. Magdeburg, BVIK gGmbH, St. Johannis Bernburg, Internationaler Bund Magdeburg, Heimverbund „Mittendrin“, Corneliuswerk Magdeburg, Pfeiffersche Stiftungen Magdeburg, Jugendhilfeverbund Magdeburg, Clearingstelle CTM Magdeburg sowie die Clearingstelle des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg).

Anzahl UMA nach Altersgruppe und Herkunftsland in der aktuellen Betreuung des Jugendamtes Magdeburg – Stand 31.12.2017

Land	Alter											
	7	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
Afganistan							5	3	7	7		
Albanien										1		
Algerien												
Aserbajdschan										1		
Elfenbeinküste										1		
Eritrea									1	10	1	
Ghana											1	
Guinea									5	7	1	
Iran			1									
Irak							1	1				
Kamerun									1			
Mali								1				
Nigeria											1	
Pakistan										1	1	
Russisch	1							1 w	1	2 w		
Sierra Leone												
Somalia									4 (dav. 1 w.)	10		
Sudan							1		1			
Syrien					2	1	2	3	2	10		
Tadschikistan									1	2		
Vietnam								1		1		
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>		<b>1</b>		<b>2</b>	<b>1</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>23</b>	<b>53</b>	<b>5</b>	<b>105</b>
<b>dav. weiblich</b>								<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>		<b>4</b>

Abb.15 (Quelle: Jugendamt Magdeburg)

### Wirtschaftliche Jugendhilfe

Die nachfolgende aktualisierte Kostenaufschlüsselung (Stand: 31.07.2017) zeigt eine Gegenüberstellung über die bisher verausgabten Kosten und den bisher vorgenommenen Kostenerstattungen für das Jahr 2016 und Januar 2017.

Die hohe Diskrepanz ist hauptsächlich den verspätet eingeleiteten Verwaltungsabläufen zur Kostenerstattung im Landesverwaltungsamt, aber auch den nicht ausreichenden Personalressourcen 2016 und 2017 im Jugendamt geschuldet.

### Übersicht Kosten und Kostenerstattungen

Monat	Monatskosten	In Rechnung gestellte Kostenerstattungen ggü. dem LJA (Sollstellungen)	Tatsächl. Kostenerstattungen gemäß § 89 d SGB VIII (Einzahlungen) vom LJA	Anzahl der aktiven Hilfen per Stichtag 15. des Monats
<b>2016</b>				
Januar	146.701,98 €	0,00 €	0,00 €	66
Februar	281.544,22 €	0,00 €	0,00 €	74
März	279.606,96 €	0,00 €	0,00 €	95
April	302.839,10 €	3.571,00 €	3.571,00 €	111
Mai	316.397,11 €	196.203,07 €	0,00 €	113
Juni	476.974,30 €	26.528,00 €	11.717,00 €	114
Juli	363.384,70 €	31.800,55 €	0,00 €	116
August	248.750,54 €	577.017,66 €	0,00 €	123
September	412.811,61 €	67.623,28 €	0,00 €	131
Oktober	670.844,16 €	30.741,76 €	79.243,85 €	127
November	484.149,80 €	415.406,15 €	297.932,61 €	125
Dezember	858.971,97 €	380.341,41 €	5.520,51 €	128

Monat	Monatskosten	In Rechnung gestellte Kostenerstattungen ggü. dem LJA (Sollstellungen)	Tatsächl. Kostenerstattungen gemäß § 89 d SGB VIII (Einzahlungen) vom LJA	Anzahl der aktiven Hilfen per Stichtag 15. des Monats
<b>Summen</b>	<b>4.842.976,45 €</b>	<b>1.729.232,88 €</b>	<b>397.984,97 €</b>	<b>1323</b>
<b>2017</b>				
Januar	105.715,09 €	353.445,51 €	0,00 €*	122
Februar	462.462,00 €	315.671,09 €	46.315,39 €	116
März	566.220,71 €	867.236,91 €	118.911,03 €	117
April	453.361,20 €	525.042,80 €	7.229,67 €	109
Mai	449.151,96 €	312.226,98 €	200.057,22 €	113
Juni	591.574,01 €	702.878,53 €	- €	108
Juli	613.212,60 €	401.466,29 €	67.316,96 €	103
August	217.825,66 €	331.097,26 €	80.338,82 €	111
September	208.610,32 €	820.774,43 €	32.302,72 €	110
Oktober	103.097,24 €	180.799,09 €	191.413,89 €	117
November	373.716,54 €	973.434,68 €	- €	115
Dezember	640.132,93 €	73.713,83 €	9,43 €	104
<b>Summen</b>	<b>4.785.080,26 €</b>	<b>5.857.787,40 €</b>	<b>743.895,13 €</b>	<b>1345</b>

Abb.16

LJA = Landesjugendamt

Die Monatskosten für Januar 2017 mit Stand: 07.02.17 sind nicht valide, da die Rechnungslegungen der Einrichtungen und anderer Leistungserbringer zeitlich versetzt erfolgen. Entsprechend des Buchungsschlusses für 2016 wurden die Rechnungen für 12/16 bereits im November eingereicht und zeitnah bearbeitet. Die Januarrechnungen werden hauptsächlich erst nach Monatsende an das Team Wirtschaftliche Erziehungshilfe weitergeleitet, so dass die Buchungen erst mit dem Buchungsdatum Februar 2017 in NewSystem sichtbar sein werden.

\*Keine Einzahlungen für Kostenerstattungsforderungen ab 01.01.2017, da im Voraus ein pauschalisierter Betrag i. H. v. 3.623.586,32 EUR vom LJA an die LH MD gezahlt wurde. Die Einzahlungen in den Monaten Februar bis April 2017 resultieren aus den Kostenerstattungsrechnungen im Jahr 2016.

Aufwendungen für 2017 können noch bis zum 22.01.2018 für das Haushaltsjahr 2017 gebucht werden, so dass sich der Betrag der Aufwendungen verändern wird.

### Vormundschaften

Aktuell werden 111 Vormundschaften für UMA in Magdeburg durch das Jugendamt, Refugium, Verwandte oder ehrenamtliche Vormünder geführt.

Bis zum Oktober 2015 wurden keine Vormundschaften für UMA durch das Jugendamt Magdeburg geführt. Seit dem November 2015 ist die Zahl der Vormundschaften für UMA, die durch das Jugendamt geführt werden auf 65 Vormundschaften zum 31.12.2016 angestiegen. Zum Jahresanfang 2018 liegt die Zahl der Vormundschaften, die vom Jugendamt für UMA geführt werden, bei 47.

	Am Stichtag 31.12.2014 lfd.	Am Stichtag 31.12.2015 lfd.	Am Stichtag 31.12.2016 lfd.	Am Stichtag 31.12.2017
<b>Vormundschaft</b>				
Bestellte Vormundschaften des Jugendamtes	58	69	115	103
Gesetzliche Vormundschaften des Jugendamtes	18	21	30	15
Ehrenamtliche Vormundschaften UMA	0	0	41	37
<b>Vormundschaften gesamt</b>	<b>76</b>	<b>90</b>	<b>186</b>	<b>155</b>
Vormundschaften UMA gesamt	0	20	65	84
Davon UMA - Jugendamt	0	20	65	47

Abb.17

Seit Oktober 2015 wurde intensiv für ehrenamtliche Vormundschaften geworben. Aktuell sind 37 Ehrenamtliche als Vormünder durch das Amtsgericht bestellt worden.

Daneben werden 3 Vormundschaften von Verwandten und 24 Vormundschaften von Refugium geführt.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit ehrenamtlichen Vormundschaften im Bereich der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer wird angestrebt, auch andere Vormundschaften durch ehrenamtliches Engagement abzusichern und jungen Menschen so einen individuellen Vormund als Ansprechpartner und Vertreter zur Seite zu stellen.

## 6.2 Aufnahmesituation von Flüchtlingskindern in Magdeburger Tageseinrichtungen

Die Fachabteilung Tagesbetreuung des Jugendamtes erfasst Kinder ausländischer Herkunft, deren Eltern Unterstützung bei der Suche nach einem Betreuungsplatz des Platzvermittlungsservices (PVS) in Anspruch genommen haben. Über das Kitaportal wird abgeprüft, ob für diese Kinder ein Betreuungsvertrag in einer Kindertageseinrichtung der LH Magdeburg hinterlegt ist.

Weiterhin sind die Kinder im Alter von 0-14 Jahren im Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes erfasst. Diese Zahl wird ebenfalls mit dem Kitaportal abgeglichen, um zu ermitteln, wie viele Kinder davon in Magdeburger Kitas (KK/KG/Hort) betreut werden.

Resultierend daraus sind dem Jugendamt zum Stichtag 31.12.2017 499 Kinder ausländischer Herkunft bekannt, die derzeit in einer Magdeburger Kindertageseinrichtung betreut werden bzw. für die in der Zukunft ein Betreuungsvertrag im Kitaportal der LH Magdeburg hinterlegt ist

Kinderkrippe: 75 Kinder  
 Kindergarten: 305 Kinder  
 Tagespflege: 25 Kinder  
 Hort: 94 Kinder

Vermutlich ist der Anteil von Kindern aus Flüchtlingsfamilien, die in Magdeburger Kindertageseinrichtungen betreut werden, höher einzuschätzen. Es stehen keine validen Daten über Kinder mit bestätigtem Bleiberecht und SGB II Bezug zur Verfügung, da vom Jobcenter aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Daten übermittelt werden.



Mit DS 0051/17 wurde zur Sicherung des Rechtsanspruches zur Tagesbetreuung von Kindern die Schaffung von zwei Kita-Standorten (Birkenweiler 100 und Bruno-Beye-Ring 8-10) mit insgesamt 131 Plätzen beschlossen. Beide Einrichtungen wurden mit Kindern aus dem PVS belegt.

Für die 56 zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze der Kita Traumhügel im Birkenweiler 100 wurden für 26 Kinder mit Migrationshintergrund Betreuungsverträge abgeschlossen.

In der Kita Valentin im Bruno-Beye-Ring 8-10 stehen seit dem 01.09.2017 insgesamt 75 Betreuungsplätze zur Verfügung, von denen 39 mit Kindern ausländischer Herkunft belegt sind.

Diese sind bereits in den oben aufgeführten Betreuungsplätzen bzw. im Kitaportal hinterlegten Betreuungsverträgen berücksichtigt.

### Platzvermittlungsservice

Der PVS des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg steht Eltern zur Verfügung, die Hilfe und Unterstützung bei der Suche nach einem Betreuungsplatz benötigen.

Mit Stichtag 31.12.2017 lagen im PVS 633 Anträge auf Unterstützung bei der Suche nach einem Betreuungsplatz vor.

### Übersicht aller Betreuungsplatzsuchender des PVS zum Stichtag 31.12.2017

	Gesamt	Prozentualer Anteil
Betreuungsplatz suchende deutsche Eltern	156	-
davon Suche nach einem Platz in der Kinderkrippe	83	53 %
davon Suche nach einem Platz im Kindergarten	73	47 %
Betreuungsplatz suchende ausländische Eltern (z.B. Asylbewerber)	477	
davon Suche nach einem Platz in der Kinderkrippe	202	42 %
davon Suche nach einem Platz im Kindergarten	275	58 %
<b>Summe Betreuungsplatzsuchende</b>	<b>633</b>	

Abb.18

Auch nach der kurzfristigen Schaffung von insgesamt 131 Betreuungsplätzen in den zwei neuen Einrichtungen Kita Traumhügel des Trägers Die Brücke Magdeburg und der Kita Valentin des Trägers Johanniter Unfallhilfe ist keine sichtbare Entspannung der Anzahl der Platzsuchenden im PVS zu verzeichnen. Nach wie vor werden durchschnittlich 25 Anträge auf Platzvermittlung pro Woche gestellt. Dabei steigt der Anteil der Anträge von Eltern ausländischer Herkunft auch weiterhin konstant. Der Anteil der Anträge für Kinder mit Migrationshintergrund liegt anhaltend bei ca. 80 %. Davon sind ca. 20 % Folgeanträge, d. h. die Eltern suchen bereits länger als 6 Monate nach einem Betreuungsplatz.

Zum kommenden Schuljahr 2018/19 werden voraussichtlich 55 dem PVS bekannte ausländische Einschülerinnen und Einschüler ohne vorherige Förderung und Bildung in einer Kindertageseinrichtung eingeschult.

Anhaltend stellt die Unterstützung von ausländischen Sorgeberechtigten mit Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz AsylbLG und dem SGB II beim PVS eine besondere Herausforderung dar. Nach wie vor erschweren mangelnde Sprach- und Ortskenntnisse sowie unzureichende Kenntnisse über das System und den Zugang zur institutionellen Kindertagesbetreuung die Arbeit des PVS. Ebenso suchen Eltern ausländischer Herkunft aufgrund mangelnder Bereitschaft zur Mobilität Betreuungsplätze in unmittelbarer Wohnortnähe bzw. benennen konkrete Wunsch-Kitas. Angebotene Betreuungsplatzangebote werden aus diesen Gründen häufig abgelehnt.

Zu beobachten ist auch weiterhin, dass Betreuungsplatzangebote in Tagespflegestellen häufig von Eltern mit Migrationshintergrund abgelehnt werden und explizit nach einem Platz in einer Kita gesucht wird.

Grundsätzlich ist bei der Neuschaffung von Plätzen und deren Belegung in der Stadt auf ein ausgewogenes Verhältnis von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Einrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund sollten durch entsprechende Maßnahmen zusätzlich unterstützt werden. Hier sind Bund und Land auch weiter zunehmend gefordert, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

## **7. Informationen des Gesundheitsamtes**

Die Krankheitslast bei den Flüchtlingen hat sich im Vergleich zu den Jahren 2016 und 2017 nicht grundsätzlich verändert.

Asylsuchende sind durch die gleichen Infektionskrankheiten gefährdet wie die ansässige Bevölkerung. Allerdings ist diese Personengruppe stärker gefährdet durch eventuell fehlenden Impfschutz, belastende Bedingungen der Flucht sowie durch die enge räumliche Situation in den Aufnahmeeinrichtungen. Eine erhöhte Infektionsgefährdung der Allgemeinbevölkerung sieht das RKI aktuell nicht, allerdings kann eine Weiterverbreitung von einzelnen Infektionen auch außerhalb der Gruppe von Asylsuchenden nicht ausgeschlossen werden. Besondere Bedeutung hat hier die Tuberkulose. Die Zahlen zeigen, dass es eine überdurchschnittliche Erkrankungsrate bei Flüchtlingen gibt, wobei eine seuchenhygienische Relevanz nicht besteht. Asylsuchende sind durch impfpräventable Krankheiten und Magen-Darm-Infektionen gefährdet, gegen die Impfungen und Basishygienemaßnahmen schützen würden. Wie auch in der Allgemeinbevölkerung findet sich die höchste Anzahl von Fällen bei den 0- bis 4-Jährigen und jungen Erwachsenen.

Einer besonderen Beachtung bedarf weiterhin die Häufigkeit an psychischen Erkrankungen. Zusätzliche Auslöser bei diesen Erkrankungen sind traumatische Erlebnisse vor und während der Flucht, eine prekäre Lebenssituation durch Sammelunterbringung sowie ein schwerer Arbeitsmarktzugang und Statusverlust.

Das Gesundheits- und Veterinäramt hat beispielhaft im Jahr 2017 über 400 Flüchtlinge zu Fragen des Asylbewerberleistungsgesetzes gesundheitlich untersucht und für das Sozialamt begutachtet. Beinahe jeder zweite gab psychische Probleme an oder begehrte einen Termin bei einem Psychiater oder Psychotherapeuten. Es ist unklar, bei wie viel Personen in der Tat eine Diagnose mit Behandlungsnotwendigkeit existiert.

Bei den ohnehin schwierigen Terminvergaben durch ärztliche und psychologische Psychotherapeuten und der Sprachverständigung innerhalb der Therapie ist dieses Problem in Magdeburg und auch deutschlandweit nicht gelöst.

### **8. Aufnahme von Flüchtlingskindern, Kindern von Asylsuchenden sowie unbegleiteten minderjährigen, jugendlichen Ausländern in Schulen**

Die Aufnahme der Kinder und Jugendlichen erfolgt gemäß § 36 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt i. V. m. dem Runderlass des MB „Aufnahme und Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt“ vom 20.7.2016. Hierfür werden im Fachbereich Schule und Sport die schulrelevanten Daten der Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Über die Meldebehörde der Landeshauptstadt Magdeburg wird der Wohnsitz und Status geprüft und die Kinder und Jugendlichen werden zur schulärztlichen Untersuchung im Gesundheits- und Veterinäramt angemeldet.

Das Untersuchungsergebnis wird dem Landesschulamt zur Zuweisung in eine Schule übermittelt. Für diese Schüler organisieren die Schulen eigenverantwortlich den entsprechenden Unterricht zur Förderung des Erlernens der deutschen Sprache. Möglich ist dabei die Bildung von Sprachfördergruppen oder integrativer Unterricht.

Seit Sommer 2014 wurden bisher insgesamt 1.979 ausländische Kinder und Jugendliche zum Schulbesuch angemeldet (ohne Abgänge):

- im Schuljahr 2014/2015: 361 Schülerinnen und Schüler,
- im Schuljahr 2015/2016: 806 Schülerinnen und Schüler,
- im Schuljahr 2016/2017: 630 Schülerinnen und Schüler und
- im Schuljahr 2017/2018: bisher 182 Schülerinnen und Schüler.

Im Blick zu behalten ist die Entwicklung der Zuzüge ausländischer Familien aus anderen Orten Deutschlands. Seit März 2017 waren dies 100 schulpflichtige Kinder ausländischer Herkunft.

Im Schuljahr 2017/2018 sind in Bezug auf die Gesamtschülerzahl an den kommunalen Schulen der Stadt Magdeburg ca. 10 % Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund:

Schulen (kommunal)	Schüler gesamt	Schüler mit Migrationshintergrund (Zuwanderer und EU)	darunter aus der EU
Grundschulen	6.981	949 = 14 %	216
Sekundar- und Gemeinschaftsschulen	3.415	708 = 21 %	126
Förderschulen	1.024	60 = 6 %	9
Gymnasien	4.009	88 = 3 %	19
Gesamtschulen	1.974	128 = 7 %	6
Berufsbildende Schulen	7.247	506 = 7 %	78
<b>gesamt</b>	<b>24.650</b>	<b>2.439 = 10 %</b>	<b>454</b>

Abb.19

In Bezug auf die Schülerbeförderung gelten die Regelungen selbstverständlich für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler werden gemäß § 71 des Schulgesetzes unter zumutbaren Bedingungen zur zuständigen Schule befördert oder die Aufwendungen erstattet. Die Beförderung erfolgt durch den öffentlichen Personennahverkehr und wird in der Regel durch die Ausgabe von Schülerjahreskarten abgegolten. Eine Sonderregelung gibt es bei der Beförderung zu den Förderschulen für Geistig- bzw. Körperbehinderte, wohin die Schülerinnen und Schüler mit einem Fahrdienst befördert werden.

## 9. Entwicklung der Aufenthaltsbeendigungen 2017

Auch im Jahr 2017 stieg die Zahl der Ausreisepflichtigen auf Grund der Zunahme der ablehnenden BAMF-Entscheidungen ggü. dem Jahr 2016 deutlich an (Abb. 14).

	Stand: 31.12.2017			31.12.2016
	Zugewiesene Ausreisepflichtige	LAE*	gesamt	
Duldungen	605	47	<b>652</b>	463 (LAE=0)
DÜ-Fälle	10	99	<b>109</b>	105 (LAE=77)
Gesamt:	615	146	<b>761</b>	568

Abb.20 \*LAE = Landesaufnahmeeinrichtung

Ein Schwerpunkt im Bereich der Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen lag 2017 bei der Rückkehrberatung zur freiwilligen Ausreise. Mit jeder ausreisepflichtigen Person wird in der ABH mindestens ein Gespräch zu einer freiwilligen Ausreise geführt. Gemeinsam mit dem Rückkehrkompetenzzentrum des Landes und der Caritas wurden hier auch in 2017 zwar deutliche Erfolge erzielt, jedoch liegt die Zahl der freiwillig Ausreisenden weit unter der der Ausreisepflichtigen (Abb. 21). So kamen nur knapp 10 % der Personen, die Deutschland wieder verlassen müssen in 2017 ihrer Ausreisepflicht freiwillig nach.

Unter den Ausreisepflichtigen befanden sich sowohl Personen deren Asylantrag im Jahr 2017 abgelehnt wurde aber auch weiterhin eine größere Anzahl von Personen, die bereits seit einigen Jahren ausreisepflichtig sind, jedoch z.B. auf Grund ungeklärter Identität bisher keine Aufenthaltsbeendigung erfolgen konnte.

Trotz dieser bestehenden Hinderungsgründe wurden durch die Ausländerbehörde konsequent intensive Bemühungen zur Klärung von Identitäten und sonstigen Reisehindernissen durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt lag und liegt bei der Klärung der Altduldungsfälle. Insgesamt erhöhte sich dadurch im Jahr 2017 die Anzahl der eingeleiteten Abschiebungen fast um das Dreifache des Vorjahres (Abb. 21).

Die Abb. 21 macht deutlich, dass nach wie vor eine große Anzahl von geplanten Abschiebemaßnahmen durch Untertauchen der Person aber auch aus anderen Gründen storniert werden müssen.

Besonders hoch ist diese Quote bei den LAE-Bewohnern. Die hohe Anzahl der dort Untergetauchten erklärt sich damit, dass dort i.d.R. die sogenannten DÜ-Fälle untergebracht sind, denen der 1. Abschiebetermin angekündigt wird. Im Gegenzug löst dies bei einem erneuten Untertauchen in der Regel die Abschiebehafthbeantragung aus.

Die Stornierungsgründe hingegen sind vielschichtig. Die häufigsten Gründe sind:

- organisatorische Gründe w.z.B. fehlende Kapazitäten der Bundespolizei, Ablehnung der Airline, fehlende Durchbeförderungen usw.
- kurzfristige BAMF –Stornierungen
- kurzfristige Verteilungen aus LAE in andere Landkreise
- renitentes Verhalten der ausreisepflichtigen Person
- gesundheitliche Gründe
- Kirchenasyl,

#### Abschiebungen/Rücküberstellungen 2017

	gesamt	2016
<b>eingeleitet</b>	<b>874</b>	<b>297</b>
<i>davon in LAE</i>	<i>(605)</i>	<i>75</i>
<b>geplant</b>	<b>433</b>	<b>272</b>
<i>davon in LAE</i>	<i>(272)</i>	<i>46</i>
<b>-durchgeführt</b>	<b>100</b>	<b>84</b>
<i>davon in LAE</i>	<i>(34)</i>	<i>9</i>
<b>-untergetaucht</b>	<b>144</b>	<b>93</b>
<i>davon in LAE</i>	<i>(113)</i>	<i>20</i>
<b>- Stornierungen</b>	<b>172</b>	<b>79</b>
<i>davon LAE</i>	<i>(111)</i>	<i>8</i>
<b>Freiwillige Ausreisen</b>	<b>135</b>	<b>128</b>

Abb. 21

Auf Grund fehlender eigener Landeskazapazitäten bestanden im Jahr 2017 erhebliche Probleme bei der Vorhaltung von Abschiebehafthplätzen. Mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 1. November 2017 wurde der Ministerpräsident darüber informiert, nachdem mehrfach untergetauchte Personen nach Wiederaufgreifen auf Grund fehlender Haftplätze nicht in Haft genommen werden konnten. Nach einem Wiederauftauchen und nicht Inhaftnahme leben sämtliche Leistungsansprüche wieder auf.

Aktualisierte Fallzahlen belegen das nach wie vor bestehende Problem.

Von den im 2. Halbjahr 2017 nach einer gescheiterten Abschiebung Wiederaufgetauchten 14 Personen konnte lediglich in 5 Fällen die Unterbringung in einer Abschiebehaftanstalt (Ingelheim, Büren, Hannover und Pforzheim) realisiert werden.

Erst 2019 sollen mit der ehemaligen JVA Dessau landeseigene Abschiebehaftkapazitäten geschaffen werden. Bis dahin wird auf die in anderen Bundesländern vorhandenen Abschiebehaftplätze verwiesen, deren Kapazitäten jedoch keineswegs den bundesweiten Bedarf decken.

Auf Grund einiger gesetzlicher Änderungen im Hinblick auf aufenthaltsbeendende Maßnahmen, wurde 2017 die Leitlinie zur Durchführung von Abschiebungen bzw. Rücküberstellungen der ABH überarbeitet.

Holger Platz